

# Nepal wieder kurz vor Neuwahlen

von Ram Pradhan

Nepal steht erneut vor einer großen politischen Krise. Derzeit kommt es zu heftiger Kritik an der Regierung durch die 'Communist Party of Nepal - United Marxist Leninists' (CPN-UML). Der Parteivorsitzende und Ex-Premier, Man Mohan Adhikari, vermisst selbst ein Minimum an politischer Gemeinsamkeit der Koalitionspartner. Das zahlenmäßig größte Kabinett der nepalischen Geschichte sei nur deshalb so groß, weil so viele Politiker zufrieden gestellt werden müssten, meinte Adhikari. Mitte Februar erklärte die Parteiführung, man könne der ineffektiven Arbeit der Koalitionsregierung nicht länger tatenlos zusehen. In einer dramatischen Entwicklung der Ereignisse hat die NCP (UML) nun einen Mißtrauensantrag gegen die Dreiparteienregierung unter Führung des 'Nepali Congress' (NC) eingebracht. Unter Bezug auf die Verfassung hat König Birendra das Parlament zu einer Sondersitzung einberufen.

Noch vor dem Beschluß des Königs zu einer Sondersitzung hatte die kommunistische Fraktion ultimativ einen 30-Punkte Forderungskatalog aufgestellt und von der Regierung die Umsetzung verlangt. Für den Fall, daß diese Forderungen nicht innerhalb eines Monats erfüllt werden, haben die Kommunisten mit landesweiten Protestmaßnahmen gedroht. Die zwischenzeitlich stattgefundenen ersten Gespräche zwischen Vertretern der CPN-UML und der Regierung haben noch keine Annäherung gebracht.

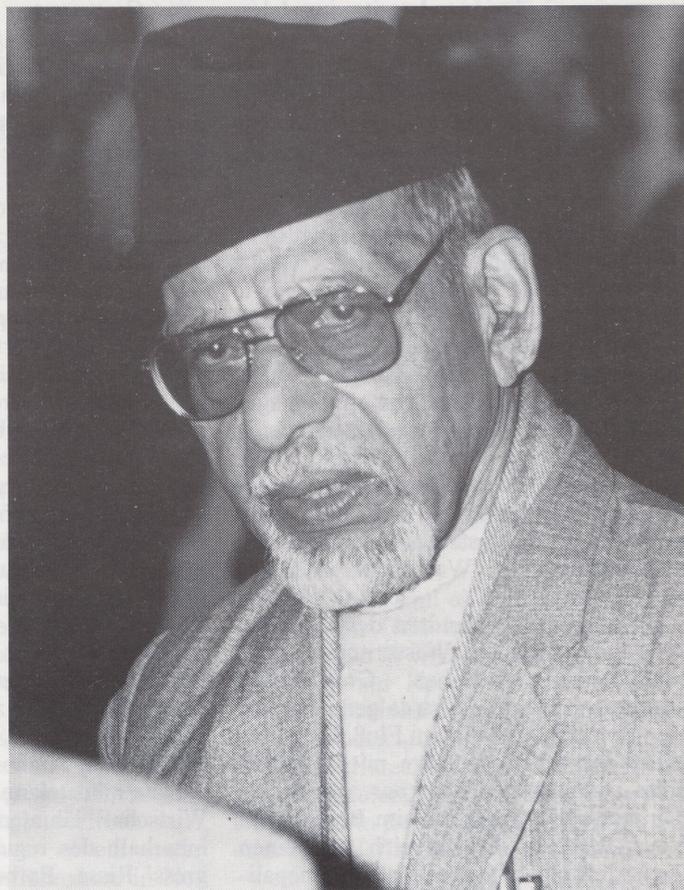
Was in den nächsten Wochen in Nepal passieren wird, bleibt Spekulation. Die jetzige Krise und die dadurch erforderliche Sondersitzung des Parlaments, ist jedoch weniger auf Aktionen der CPN-UML zurückzuführen als auf den nach innen gespaltenen Koalitionspartner des 'Nepali Congress', die 'Rastriya Prajatantra Party' (RPP). Die als königstreue und China-nah eingestufte Gruppe um L.B. Chand ist mit der Koalition unzufrieden und spricht von einer "unheiligen" Allianz mit dem 'Nepali Congress'. Dem gegenüber warnt die eher pro-indische Fraktion der Partei um S.B. Thapa vor einem Bündnis mit den Kommunisten, das für die Partei politischer Selbstmord bedeuten würde. Letztendlich verfügt die Chandgruppe über mehr Stimmen und könnte gemeinsam mit den kommunistischen Abgeordneten die Deuba-Regierung stürzen. Hierzu müssen noch mehrere unabhängige Abgeordnete sowie Vertreter kleinerer Parteien gewonnen werden.

Unter diesen ungewissen Voraussetzungen ist die Stimmung innerhalb des 'Nepali Congress' sehr gereizt obwohl Deuba nach außen zuversichtlich auftritt. Er verweist auf den Zehnpunkte-Katalog der Regierungskoalition, der erst vor sechs Monaten verabschiedet wurde. Diese Koalition sei seiner Meinung nach nicht aus Machtstreben eingegangen worden, sondern aus dem gemeinsamen Anliegen, die Demokratie in Nepal zu stärken.

Im Zuge der aktuellen Entwicklung werden L.B. Chand eigene Ambitionen auf den Posten des Premierministers nachgesagt. Ihm werden von der eigenen Partei geheime Verhandlungen mit den Kommunisten vorgeworfen. Die möglichen Aussichten einer solchen Regierungsbildung werden jedoch eher skeptisch eingeschätzt, da die RPP-Fraktion über eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten zerbrechen könnte.

Chand hingegen streitet alle Vorwürfe in Bezug auf Geheimabsprachen zur Regierungsablösung ab und betont, er habe noch nicht einmal Gesprächsangebote von Seiten der CPN-UML erhalten. Allgemein wird dies aber nur als Ablenkungsmanöver interpretiert, da immer mehr für Chands Ambitionen zur Regierungsübernahme sprechen.

Die meisten Kommentatoren bewegt derzeit die Sorge um die Demokratie Nepals. Seit der erfolgreichen Demokratisierungsbewegung im Jahr 1990 erlebte Nepal vier Regierungen, zwei allgemeine Wahlen, zwei Parlamentsauflösungen - wobei die letzte vom Obersten Gericht aufgehoben wurde - und zu häufige zwischen- und innerparteiliche Konflikte. Seit 1990 wurden nahezu alle Möglichkeiten der Regierungsbildung durchgespielt: Einparteienregierung durch den 'Nepali Congress', Minderheitsregierung durch die CPN-UML sowie die derzeitige Dreiparteienkoalitionen von NC,



Erneute Chance für Ex-Premier Adhikari? (Foto: Walter Keller)

RPP und NSP.

Die aktuelle Regierungskrise wird zudem noch von bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen in vier westlichen Distrikten sowie einem im Osten des Landes überschattet, wofür kleinere ultralinke Parteien verantwortlich gemacht werden. Die Vorfälle wurden von allen übrigen linken Gruppierungen des Landes als unpassend und gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtet verurteilt.

Hinsichtlich der politischen Stabilität als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und die Ansiedlung potentieller Investoren ist noch kein Licht am Ende des Tunnels zu erkennen. Wenn es Premier Deuba, der aufgrund der aktuellen Lage auch seinen für Mitte März geplanten Chinabesuch verschoben hat, möglicherweise noch einmal gelingen sollte, den Mißtrauensantrag abzuwehren, so mehren sich Stimmen, die noch für dieses Jahr Neuwahlen prognostizieren.

(Übersetzung: Jürgen Clemens)